

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Oktober 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	28, 29	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	35, 36
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	6, 7	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	4, 5
Ganseforth, Monika (SPD)	3	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	33, 34
Gansel, Norbert (SPD)	15, 20	Opel, Manfred (SPD)	14, 30
Harries, Klaus (CDU/CSU)	9, 25	Sielaff, Horst (SPD)	32
Dr. Jens, Uwe (SPD)	12, 13	Steen, Antje-Marie (SPD)	26, 27
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	19	Stiegler, Ludwig (SPD)	23, 24
Kirschner, Klaus (SPD)	21, 22	Wallow, Hans (SPD)	8
Kolbow, Walter (SPD)	16, 31	Dr. de With, Hans (SPD)	10, 11
Koppelin, Jürgen (FDP)	17, 18	Wülfig, Elke (CDU/CSU)	1, 2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordnete
**Elke
Wülfing**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist nach Einführung der Meldepflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse seit dem 1. Januar 1990 die Zahl der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch ist der Frauenanteil?
2. Abgeordnete
**Elke
Wülfing**
(CDU/CSU)

Wie viele sozialpflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind seit dem 1. Januar 1990 durch sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse ersetzt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)

Waren die Angebote der deutschen Firmen zum Löschen der brennenden Ölquellen in Kuwait zu teuer, technisch nicht ausreichend oder welches sind nach Meinung der Bundesregierung die Gründe, aus denen die deutschen Firmen – im Gegensatz zu beispielsweise Teams aus Ungarn, Rumänien, China oder Argentinien – nicht zum Zuge gekommen sind, obwohl sich nach Aussagen von Minister Riesenhuber, die kuwaitische Regierung an einem deutschen Angebot sehr interessiert zeigte?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

4. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegenwärtig im Land Mecklenburg-Vorpommern ernsthaft die Umwandlung der Technischen Hochschule Wismar zu einer Technischen Universität angestrebt wird, obwohl der Wissenschaftsrat sich unter Einbeziehung aller Gesichtspunkte eindeutig dafür ausgesprochen hat, daß die universitären

Ingenieurwissenschaften an der Universität Rostock zu konzentrieren sind, und wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit bejahendenfalls diese Pläne?

5. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)

Wie hoch wären im Falle einer Umwandlung der Technischen Hochschule Wismar in eine Technische Universität die vom Land Mecklenburg-Vorpommern bzw. vom Bund aufzubringenden Kosten, und wie lange würde es dauern, bis eine Technische Universität Wismar über ein interdisziplinäres wissenschaftliches Potential verfügen könnte, wie es an der Universität Rostock bereits gegeben ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD)

War die Bundesregierung vor der Volkskammerwahl in der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 über den Inhalt der Stasi-Akte von Lothar de Maizière informiert?

7. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD)

Kann die Bundesregierung erklären, auf welchem Weg sie in den Besitz des Inhalts der vom Staatssicherheitsdienst der Deutschen Demokratischen Republik angelegten Akte über den ehemaligen Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gelangt ist?

8. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Welche Problembereiche des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, nach dem Parlament und Teile der Regierung nach Berlin umziehen, sollen entsprechend den Ankündigungen des Herrn Bundeskanzlers vor der Industrie- und Handelskammer Bonn am 16. Oktober 1991 konkret gesetzlich in dieser Legislaturperiode geregelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

9. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)

Wie ist der Überlegensstand der Bundesregierung, den seinerzeit in der Deutschen Demokratischen Republik zwangsumgesiedelten Bürgern an der damaligen Elbgrenze und in anderen Bereichen für die erlittenen Vermögensschäden eine angemessene Entschädigung zu leisten?

10. Abgeordneter
**Dr. Hans
de With**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der Presse berichtete Auffassung der Vertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), wonach „bei sich zuspitzender Sicherheitslage die Verhältnisse im Strafvollzug der neuen Bundesländer“ immer „alarmierender und unerträglicher“ werden?
11. Abgeordneter
**Dr. Hans
de With**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der Presse berichtete Auffassung der Vertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), daß der Strafvollzug in den neuen Bundesländern „nicht einmal ansatzweise konzeptioniert“ sei und die Arbeitsverhältnisse nach wie vor ungeklärt seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

12. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Jens**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nach wie vor an ihrem Bemühen fest, in der EG-Fusionskontrolle eine stärkere Trennung von wettbewerblichen und industriepolitischen Kriterien zu erreichen, und wie beurteilt sie angesichts ihrer bisherigen Position das Bemühen von EG-Kommissar Bange mann, bei der bestehenden Fusionskontrolle eine frühere Einschaltung der industriepolitischen Prüfung bei Fusionsvorhaben zu erreichen?
13. Abgeordneter
**Dr. Uwe
Jens**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß bei der EG-Fusionskontrolle eine strengere Trennung erfolgt zwischen wettbewerblichen Prüfungskriterien und Allgemeinwohl-Aspekten u. a. durch Änderung des EG-Vertrages und die Gründung eines unabhängigen europäischen Kartellamtes?
14. Abgeordneter
**Manfred
Opel**
(SPD)
- Welche „vitalen Interessen“ der Bundesrepublik Deutschland gemäß den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 5. Mai 1982 sprechen für die Weitergabe von Rüstungsmaterial und Ausrüstungsgegenständen aus NVA-Beständen an Uruguay, und welches Material wurde bzw. wird in diesem Zusammenhang konkret abgegeben werden?

15. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Export von mehreren tausend Tonnen Munition aus NVA-Beständen an Finnland genehmigt hat und beabsichtigt sie, auch andere Kriegswaffen und Rüstungsgüter an Staaten zu exportieren, die nach den rüstungs-exportpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung vom 28. April 1982 als Empfänger bisher ausgeschlossen waren?
16. Abgeordneter
Walter Kolbow
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des großen internationalen Interesses an von der Bundesregierung zur Aussonderung vorgesehenen Waffen und Ausrüstungsgegenständen der ehemaligen NVA die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 5. Mai 1982 zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

17. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wie beurteilt das Bundesministerium der Verteidigung die Äußerungen des katholischen Militärbischofs Johannes Dyba auf der 36. Gesamtseelsorge-Konferenz der katholischen Militärfarrer, und hält das Bundesministerium der Verteidigung den katholischen Militärbischof Dyba noch tragbar für die Militärseelsorge?
18. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Hat es das Bundesministerium der Verteidigung für notwendig angesehen, mit der katholischen Kirche Gespräche über die Äußerungen des Militärbischofs zu führen, und wird das Bundesministerium der Verteidigung der katholischen Kirche eine Abberufung des Militärbischofs Dyba empfehlen?
19. Abgeordneter
Horst Jungmann (Wittmoldt)
(SPD)
- Wer bewacht zur Zeit die Bestände der zur Aussonderung vorgesehenen Waffen und Ausrüstungsgegenstände der ehemaligen NVA, und welche Kosten sind für diese Bewachung im laufenden Haushaltsjahr entstanden bzw. für das kommende Haushaltsjahr voraussichtlich erforderlich?

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) | In welchen Zeiträumen will die Bundesregierung die Bestände der ehemaligen NVA, die nicht von der Bundeswehr zur Nutzung übernommen werden können, einer zivilen Nutzung zuführen oder verschrotten? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|---|
| 21. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung Crash-Tests bei PKW, um daraus Erkenntnisse zur Verbesserung der Sicherheit von Fahrer und Mitfahrer zu gewinnen? |
| 22. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) | Gibt es Überlegungen bei der Bundesregierung, solche Crash-Tests nach standardisierten Methoden den Automobil-Herstellern für neue Modelle vorzuschreiben und die Ergebnisse zu veröffentlichen? |
| 23. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD) | Was wird die Bundesregierung unternehmen, um zusammen mit der Tschechoslowakei Regelungen und Abhilfen zu finden, die die unerträgliche Situation an den Grenzübergängen zur Tschechoslowakei kurzfristig erleichtert? |
| 24. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD) | Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß in das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz Regelungen für die Grenzübergänge zur Tschechoslowakei aufgenommen werden, und wird sie für die Beratungen entsprechende Formulierungshilfen vorlegen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- | | |
|---|---|
| 25. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten oder sogar Notwendigkeiten, und gibt es bereits deshalb entsprechende Planungen, in Greifswald oder in Morsleben Endlager für schwach- und mittelfradioaktive Abfälle vorzusehen und einzurichten? |
|---|---|

- | | |
|--|---|
| 26. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) | Kann die Bundesregierung Auskunft geben über Art und Umfang von Transporten von Kernbrennstoffen und radioaktiven Stoffen auf der B 207 sowie der Fährlinie Puttgarden — Rödby (Dänemark)? |
| 27. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) | Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um die Sicherheit für die Bevölkerung bei diesen Transporten und deren Umschlag auf der am meisten befahrenen Wasserstraße in der westlichen Ostsee sowie auf der stark belasteten A 1/B 207 zu gewährleisten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|---|
| 28. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung die von der Nordatlantischen Versammlung in Madrid am 22. Oktober 1991 verabschiedete Resolution zur Abschaffung aller atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa zum Anlaß nehmen, von der französischen Regierung nachdrücklich die Vernichtung aller HADES-Raketen zu verlangen? |
| 29. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Warum ist der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker bisher nicht von der Sowjetunion an Deutschland überstellt worden? |
| 30. Abgeordneter
Manfred Opel
(SPD) | Hat sich die Bundesregierung seit dem 3. Oktober 1990 mit verbündeten Regierungen oder mit Gremien der NATO, der WEU oder anderen Organisationen (z. B. UNO) vor ihren Entscheidungen zur Abgabe von Waffen und Ausrüstungsgegenständen der ehemaligen NVA bzw. der Bundeswehr abgestimmt? |
| 31. Abgeordneter
Walter Kolbow
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung bei den sogenannten Treaty Limited Equipments (TLE) die KSE-Vertragsbegrenzungen zu erfüllen und diese Waffensysteme zu vernichten, oder wird sie solche Waffensysteme auf Antrag in Länder außerhalb des Anwendungsgebietes exportieren? *) |

*) siehe hierzu Frage 16

- | | |
|--|--|
| 32. Abgeordneter
Horst
Sielaß
(SPD) | Welche Chancen für ein positives Ergebnis der Verhandlungen über die Revision des NATO-Truppenstatuts zur Gleichstellung der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften sieht die Bundesregierung, und wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen? |
| 33. Abgeordneter
Albrecht
Müller
(Pleisweiler)
(SPD) | Mit welchen Vorstellungen und Zielen in Bezug auf die Gleichstellung der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften geht die Bundesregierung in die Verhandlungen über die Revision des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut? |
| 34. Abgeordneter
Albrecht
Müller
(Pleisweiler)
(SPD) | Warum hat die Bundesregierung nicht nach Artikel 82 c des Zusatzabkommens den Antrag auf eine Revision des Artikels 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gestellt? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kühler
(SPD) | Wie vereinbart die Bundesregierung die Einladung an den chinesischen Vizepremierminister zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 29. Oktober 1991 bis 2. November 1991 mit den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom Juni 1989, nach dem hochrangige Kontakte bis auf weiteres ausgesetzt bleiben sollen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich die Politik der chinesischen Regierung in Fragen der Menschenrechte und gegenüber der Demokratiebewegung seit 1989 liberalisiert hat? |
| 36. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kühler
(SPD) | Wird die Bundesregierung beim Besuch des chinesischen Vizepremierminister deutlich und öffentlich die andauernden Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China einschließlich Tibets und die nach wie vor totale Unterdrückung der Demokratiebewegung zur Sprache bringen und die chinesische Regierung auffordern, eine Verbesserung der Menschenrechtssituation herbeizuführen und die Demokratiebewegung nicht länger zu unterdrücken? |

Bonn, den 25. Oktober 1991

